

Das Demokratiedefizit der EG

- Gestiegener Einfluss der EU auf Alltagsleben der Bürger
→ Frage nach der demokratischen Legitimation
- Günter Verheugen: „Würde sich die EU bei uns um Beitritt bewerben, müssten wir sagen: demokratisch ungenügend“

Rat der Europäischen Union

- Wichtigstes Entscheidungsgremium der EU
- bezieht Legitimation aus demokratisch gewählten nationalen Regierungen
- bei nationalen Wahlkämpfen spielt aber Europapolitik Nebenrolle
- umstrittene Stimmverteilung im Rat – zugunsten der kleinen Mitgliedsstaaten
- keine öffentlichen Tagungen
- Einschränkung der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative
→ Regierungen (nationalstaatliche Exekutive) hat im Rat legislative Funktion inne

Europäisches Parlament

- Einziges direkt gewähltes Organ
- schwache Rechtsstellung (z.B. im Vergleich zum Bundestag)
- kein Initiativrecht
- Teilnahme am Mitentscheidungsverfahren
Art. 39 /1 EUV: Der Rat hört das EP, bevor er eine Maßnahme [...] annimmt. Das EP gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat festsetzen kann.
- einige Gesetze ganz ohne Mitarbeit des EP durchgesetzt
nach Art. 21 EUV wird EP über diese Gesetzesbeschlüsse lediglich unterrichtet
- eingeschränkte demokratische Kontrolle
Misstrauensantrag nur mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit möglich
Richtet sich gegen gesamte Kommission, gegen einzelnen Kommissar nicht möglich
- kein direkter Zusammenhang zwischen Wahl des Parlaments Regierungsbildung

Wahlen

- kein einheitliches europäisches Wahlsystem
- Wahl zum EP findet nach nationalem Wahlrecht statt
- keine europäischen Listen vorhanden
- europäische Parteien kandidieren nicht selber
→ mangelnde Verbindung zwischen Wählern und transnationalen Organisationen
Europawahlen – „nationale Denkkzettelwahlen“

Fehlende Transparenz

- Undurchsichtigkeit des Aufbaus und der Funktionsweise der EU
- komplizierte Struktur von Ausschüssen

- großer Einfluss dieser Ausschüsse + Lobbyarbeit
- Öffentlichkeit unzureichend informiert
- Brüsseler Politik als fern empfunden

Unzureichende Öffentlichkeitsarbeit

- Medien oft als 4. Gewalt gesehen
- effiziente Berichterstattung im Europäischen Rahmen überhaupt möglich?
- Presse fokussiert sich verstärkt auf nationale Themen
- bei nationalen Wahlkämpfen spielen europäische Themen sehr geringe Rolle
- Sprachbarrieren erschweren transnationale Kommunikation
- Öffentlichkeit kann zur Schaffung, Förderung und Stabilisierung einer bürgerschaftlichen Identität unter den sozialen Gruppen einer politischen Entität beitragen
- sie kann auch zur öffentlichen Meinungsbildung im Dialog mit und als Gegenpol zu politischer Macht beizutragen
- es besteht die Möglichkeit der Bildung einer einheitlichen europäischen Öffentlichkeit
- auf Grund des Aufwands von Übersetzungen eher unwahrscheinlich
- andererseits kann man die nationale Öffentlichkeit europäisieren
- keine ausreichende europäische Identität um Themen aus europäischer Sicht bewerten zu können

„Nichtvorhandenes“ Demokratiedefizit

- alles staatliche Handeln geht vom Willen des Volkes aus
- Demokratiedefizit erst dann vorhanden, wenn die Transmission des Bürgerwillens in Kollektiventscheidungen misslingt
- das Geben der neuen Verfassung hieße die alte zu ersetzen
- soll der nationale Verfassungsstaat auf europäischer Ebene kopiert werden?
- EU Parlament zwar von EU Bürgern gewählt, aber Sitzverteilung proportional zu Einwohnerzahl nicht richtig
- Ministerrat besteht aus Mitgliedern der nationalen Parlamente, welche demokratisch gewählt wurden
- EU Kommission hat ebenfalls eine abgeleitete demokratische Legitimation

Quellen

Angela Klein, „Absolutismus statt Demokratie“
 Dr. Winfried Kluth „Die demokratische Legitimation der Europäischen Union“
 Dieter Rucht (Hrsg.) „Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa“
 Basistexte Öffentliches Recht „Europarecht“
 Thomas Oppermann „Europarecht“
http://www.haefely.info/gesellschaft+politik_europa_news.htm